Montag, den 20. Februar 1922 | Einzelnummer 25 Pf. | 2. Jahrgang — Nr. 43

Volkszeitung

für die Kreise Oels, Groß-Wartenberg, Namslau.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen auf Schlesien 0.80 Mk., auew. 0.60 Mk., Anzeigen unter Text 1.25 Mk., auswärts 1.50 Mk., Stellenangebote, Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 0.20 Mk. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vorm. 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Expedition abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Geschäftsstelle: Oels, Groß-Warienbergerstraße 6, bei E. Deutsch.

Bezugspreis: Die „Volkszeitung" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Expedition: Oels, Marienstr. 1 u. durch alle Austräger zu beziehen. Wöchentlich 1.20 Mk., monatlich 5.10 Mk., vierteljährlich 15.30 Mk. (einschl. Bestellgebühr), durch die Post bezogen vierteljährlich 15.30 Mk. (ohne Bestellgebühr), frei ins Haus durch die Post monatlich 6.10 Mk., vierteljährlich 18.30 Mk.

Die Volkspartei als Retterin Deutschlands.

Deutschland muß untergehen.

Deutschland muß untergehen, wenn nicht die Partei des Wiederaufbaues, die Deutsche Volkspartei, es rettet. Das ist selbstverständlich so klar, wie die Taktik der Deutschen Volkspartei gegenüber dem Kabinett Wirth. Aber zum Ueberfluß beweist es noch einmal Herr Dr. Marcksi, M. d. R.:

„Deutschland geht seinem wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruche entgegen, wenn nicht die außenpolitischen Zwangsleistungen in absehbarer Zeit zum größten Teil fortfallen und wenn nicht die Produktivität der Innenwirtschaft des Landes wesentlich gehoben wird. Die Erfüllung der ersteren Bedingung wird gewiß nicht durch irgend welche pazifistische Staatskunst erreicht werden . . . Die Hebung der Produktivität der Wirtschaft aber wird von der Partei, die den Kern des jetzigen Regierungsblockes bildet, sicherlich nicht nur nicht gefördert, sondern geradezu unmöglich gemacht."

Ganz gewiß! Deutschland leidet schwer unter den Reparationslasten. In ihrem Wesen sind die Folgen des verlorenen Hohenzollern-Krieges in ihrer Form die Schuld der rein bürgerlichen Regierung Fehrenbach—Simons. Wie sind die Zahlungspflichten zu erleichtern oder zu beseitigen? „Nicht durch irgendwelche pazifistische Staatskunst", sagt die Deutsche Volkspartei. Also vielleicht durch einen Revanche-Krieg; oder, da Deutschland ihn nicht führen kann, durch herausfordernde Redensarten, daß schon einmal „der Tag" kommen werde. Nach dem Londoner Ultimatum hätte Deutschland jährlich 3¾ Milliarden Goldmark zu zahlen. Die Regierung Wirth hat durchgesetzt, daß uns für das laufende Jahr ein wesentlicher Teil dieser Summe gestundet wird. Die Drohungen mit Einmarsch und Sanktionen wegen der Nichtzahlung haben unter dem Kabinett Wirth aufgehört. Französische Regierungsblätter, deren zweites Wort früher der Säbel des Marschalls Foch gewesen ist, erörtern jetzt ganz vernünftig die Herabsetzung der deutschen Gesamtschuld von 136 auf 60 Goldmilliarden. Englische Sachverständige schlagen als Gesamtsumme der deutschen Zahlungen 20 Goldmilliarden vor. Diese Summe könnte wahrscheinlich durch eine langfristige internationale Anleihe sofort für Frankreich und Belgien flüssig gemacht werden. Verzinsung und Tilgung dieser Summe könnte Deutschland tragen, und damit wäre zugleich die Valuta stabilisiert. Auf der Konferenz von Genua werden solche Ideen wohl noch nicht durchgesetzt, aber besprochen und weiter propagiert werden. Das sind die Erfolge der pazifistischen Staatskunst. Was hat die Deutsche Volkspartei ihr gegenüberzustellen außer Phrasen? Aber wir begreifen es schon, daß diejenigen, deren Herz noch am wilhelminischen Zeitalter hängt, jede Art von Staatskunst hassen.

Die zweite Voraussetzung für Deutschlands Rettung ist die Hebung der Produktivität der deutschen Wirtschaft. Auch das ist ohne weiteres richtig. Aber, wie will die Volkspartei die Produktion heben? Sie will allen öffentlichen Besitz dem Privatkapital aushändigen, will den Achtstundentag beseitigen und die Arbeiterrechte auf allen Gebieten kürzen. Und sie glaubt wirklich, damit Arbeitslose und Arbeitsertrag heben zu können. In Wahrheit wäre die Folge einer solchen Wirtschaftspolitik lediglich, daß ein großer Streik den anderen überstürzte und daß auch der ruhigste Arbeiter, von dessen Leistung doch schließlich der Wirtschaftsvertrag abhängt, maßlos verbittert würde.

Auch innerpolitisch ist die Staatskunst der Deutschen Volkspartei seltsam kurzatmig. Den richtigen Weg zur Hebung der deutschen Wirtschaft zeigt die Sozialdemokratie. Je mehr die Arbeiter zu der Ueberzeugung gelangen, daß sie nicht bloß für das Prassen reicher Nichtstuer schuften, sondern, daß auch die Besitzenden Opfer für die Allgemeinheit tragen müssen, je klarer hervortritt, daß der Arbeiter für sich und die Allgemeinheit und nicht nur für die Profitrate schafft, desto rascher wird die deutsche Wirtschaft sich erholen. Mit Gewaltmaßregeln schafft man keinen Reichtum. Aber mit bloßen Gewaltphrasen, hinter denen noch nicht einmal Machtmittel stecken, kann man in der Außenpolitik und Wirtschaftspolitik nur schaden.

Stresemann über die Reichspolitik.

Auf dem Wahlkreisparteitag des Kreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg sprach gestern der Abgeordnete Dr. Stresemann über die Reichspolitik. Er warnte sehr eingehend davor, allzu große Hoffnungen auf die Konferenz von Genua zu setzen, da die Politik der Entente auch heute nur vom Imperialismus bestimmt werde. Tatsächlich geändert habe sich bisher nur die Einstellung der anglo-amerikanischen Welt zur Kriegsentschädigung. Für diejenigen Kräfte Englands und Amerikas, die ein Interesse am Hochstand der deutschen Mark haben, gäbe es keinen anderen Weg, als der verhängnisvollen Gewaltpolitik mit aller Macht entgegenzuarbeiten. Zur innerpolitischen Lage bemerkte Dr. Stresemann, daß er die maßgebenden Reichsstellen schon im Dezember auf die Mißstimmung der Lokomotivführer aufmerksam gemacht habe, die an und für sich nichts unbilliges verlangt haben. Das Verhalten der Regierung war der stärkste Stoß, den die Staatsautorität erhalten konnte. Die erste Rede des Reichskanzlers im Reichstag war etwas scharf. Die Rede des Herrn Dr. Scholz war keine Kampfansage gegen den Kanzler, aber seine guten Freunde flüsterten ihm ins Ohr, es würde Eindruck machen, wenn er vor den Reichstag trete und das Vertrauen verlange. Unser Mißtrauensvotum bezog sich nicht auf die Gesamtpolitik und zielte keineswegs auf die Beseitigung des Reichskanzlers ab. Nach der Vertrauensforderung des Kanzlers allerdings war eine Aenderung des Votums nicht mehr möglich. 24 Stunden nach Ausbruch der Krise erhielt ich vom Kanzler eine Einladung zu einer politischen Besprechung. Der Vorsitzende Spahn führte dabei aus, man muß unbedingt aus dem Parteileben heraus zur großen Koalition kommen. Dasselbe erklärte Herr Petersen für die Demokraten. Die Stellung der Regierung zu Gegenverhandlungen war weniger angenehm. Für uns hat dieser Tag den Vorteil gebracht, daß man einsah, wir sind doch nicht die geduldigen offiziösen Schafe, denen man alles bieten kann, sondern können auch die Zähne zeigen. Leitstern unseres Handelns muß es sein, bei sachlicher Mitarbeit die Oriflamme der nationalen Idee aufleuchten zu lassen. Zum Schluß seiner Ausführungen äußerte Dr. Stresemann die größte Sorge um die Aufrechterhaltung der Reichseinheit. Es heißt alles zusammenfassen, was sich zusammenfassen läßt.

Das schlechte Gewissen der Wucherer.

„Landbundtagung in und vor dem Zirkus Busch. Ein vorüberfahrender Straßenbahnführer droht zu den versammelten Massen hin mit der Faust: „Die sind schuld an unserem Elend!" Die Leute reden, wie sie es verstehen. Sie sehen, daß in Berlin die Kartoffeln 330 Mark, die Butter 56 Mark, das Ei 5.50 Mark kostet. Sie haben ein dunkle Vorstellung davon, daß irgendwo draußen auf dem Lande diese Dinge mit Gottes Hilfe wachsen; sie sehen nur Anfang und Ende der Kette und registrieren als Tatsache: der Bauer ist der Wucherer."

So beginnt der Leitartikel der „Deutschen Tageszeitung" zum Landbundtag. Vor dem grollenden Zorn der hungernden großstädtischen Massen scheint selbst schamlosen Wucherern das Gewissen zu erwachen. Denn an diese sehr treffende Zustandsschilderung schließt das agrarische Blatt einen vier Spalten langen Verteidigungsartikel, in dem es nachzuweisen sucht, daß die Landwirte ganz unschuldig seien. Von den teuren Brotpreisen bekamen sie nicht einen Pfennig, ihre Kartoffeln hätten sie zu 70 bis 90 Mark längst verkauft — das übrige sei Händlergewinn. Die Eisenbahn wuchere mit den Frachtarifen. Die falsche Besoldungspolitik und Lohnpolitik treibe die Geldentwertung immer weiter. Auch der Landwirt sei das Opfer der Valuta, Opfer der Erfüllungspolitik.

Als Gegenstück zu dieser rührenden Verteidigungsrede liest man in dem gleichzeitig erscheinenden anderen deutschnationalen Blatt Berlins, dem „Berliner Lokalanzeiger" eine Beschwerdeschrift der Bäcker, die nachweisen, daß wir vom Auslande zum Dollarkurse das Mehl für das Brot der Bevölkerung heute billiger bekommen können, als es die inländischen Warenbesitzer abgeben. Wütend fragt das Blatt, ob die Verbraucher sich eine solche Mißhandlung wirklich auf die Dauer gefallen lassen wollen?

In der Tat treiben Bauer und Händler heute in weitem Umfang den denkbar schamlosesten Wucher. Sie können sich auch garnicht entschuldigen und einer die Schuld auf den anderen schieben; denn sie haben gemeinsam die öffentliche Bewirtschaftung der Lebensmittel zerstört und bei fortdauerndem Mangel die freie Wirtschaft wieder hergestellt. Die von uns ganz genau vorhergesagte Folge grenzenloser Auswucherung der Konsumenten ist pünktlich und im Uebermaß eingetreten. Und diese Landbündler, die angeblich darüber trostlos sind, stellen an die Spitze aller ihrer Forderungen die Beseitigung der letzten Reste der Zwangswirtschaft. Viel ist ja nicht mehr vorhanden, im allgemeinen ist die konsumierende Bevölkerung bereits schutzlos. Aber selbst die wenigen Reste stören die völlige Ausplünderung und Auspowerung des deutschen Volkes durch Produzenten und Zwischenkapitalisten. Schuld an dem Preiselend der Lebensmittel tragen die, die die öffentliche Wirtschaft zu Fall gebracht haben.

Aber ganz davon abgesehen, wuchern zahllose Bauern auch direkt und unmittelbar. Sie haben noch genug Kartoffeln in ihren Mieten, Vorräte, die noch kein Händler hat. Aber auch sie fordern für den Zentner 200 oder 250 Mark und streichen vergnügt Riesengewinne ein. Und der Arbeiter hat tausendmal Recht, wenn er gegen die Landbunddemagogen die Faust ballt: „Die sind an unserem Elend schuld!"

Die Grundbesitzer gegen das Reichsmietengesetz.

In Berlin tagte gestern eine große Versammlung, die der Schutzverband für den deutschen Grundbesitz einberufen hatte. Der Zweck der Versammlung war, gegen das Reichsmietengesetz, wie es in der 2. Lesung des Reichstages zustande kam, zu protestieren. In ausreichendem Maße jammerte der Berliner Grundstücksspekulant Haberland über den Trümmerhaufen, den heute der deutsche Grundbesitz darstellt und über die Todesqualen der Hausbesitzer, die die Regierung verlängere, statt sie durch die Fortnahme alles Besitzes sofort zu beenden. Das diese Hinabgleiten in die Zwangswirtschaft, ohne daß sie abgebaut werde, sei ein Verbrechen am Volke. In einer Resolution wurde das Reichsmietengesetz in seiner jetzigen Fassung abgelehnt. Eine ähnliche Kundgebung fand am Sonntag in Leipzig statt.

Die Beendigung des Bergarbeiterstreiks in der Tschechoslowakei.

Von unserem Prager Korrespondenten wird uns gemeldet:

Schneller als man hoffen konnte, ist der Kohlenstreik beendet worden. Man darf das Ergebnis als ein für die Bergarbeiter zufriedenstellendes bezeichnen, wenn man nicht übersieht, daß es den Abschluß eines Defensivkampfes bildet. Es sichert die vollzählige Aufnahme der Streikenden in die Arbeit, die Kollektivverträge bleiben in jenen Bestimmungen, die sich nicht auf Löhne und Verdienste beziehen, in allen Revieren der Republik bis zum 31. August 1922 in Kraft und haben automatisch weiter Geltung, wenn sie nicht von einem der Vertragsteile vier Wochen vor der abgelaufenen Frist gekündigt werden. Die Regelung der Löhne erfolgt durch eine paritätische Kommission, die aus neun Personen zusammengesetzt ist (vier Vertreter der Arbeitgeber, vier Vertreter der Arbeitnehmer, ein gewählter unparteiischer Vorsitzender). Diese Kommission hat längstens bis zum 28. Februar ein Gutachten über Aenderung der Preise der Lebensbedarfsartikel abzugeben, auf Grund dessen die Regelung der Löhne, Gedinge und Zulagen vorgenommen wird. Mit zu berücksichtigen bei dieser Regelung sind die Produktions- und Absatzschwierigkeiten des Bergbaus. Das ist eine freilich nur platonische Konzession an die Unternehmer, da die Herabsetzung der Löhne und Zulagen in der Regel nicht größer sein darf als dem Preisrückgang der Lebensbedarfsartikel entsprechend. Sollte die nach dem Gutachten der paritätischen Kommission vorgenommene Lohnregulierung nicht ausreichen, um den normalen Betrieb zu erhalten, dann müssen staatliche Maßnahmen zur Behebung der Schwierigkeiten getroffen werden (Herabsetzung der Kohlensteuer, Verminderung der Tarife, Sanierung passiver Gruben aus Staatsmitteln). Die Regierung muß in kürzester Zeit das Ausmaß ihrer eigenen Maßnahmen bekanntgeben. Ein Entgegenkommen an die Unternehmer ist die Aufhebung des Bekleidungsbeitrages im Karlsbader und im nordwestböhmischen Revier. Doch wird auch hier der Geldbeitrag, der auf diese Verpflichtung entfiel, bei einer Herabsetzung der Löhne eingerechnet.

Eine Abänderung findet dieses Uebereinkommen für das Ostrau-Steinkohlenrevier insofern, als die vor Ausbruch des Generalstreikes in diesem Gebiete getroffenen Abmachungen weiter in Geltung bleiben. In einem Nachtrage werden die allgemein vereinbarten Grundsätze für das Karlsbader und Falkenauer Gebiet noch dahin präzisiert, daß für die im Akkord beschäftigten Häuer die Gedingsätze nach der Durchschnittsleistung von 1921 als Normalleistung festzusetzen und mit rückwirkender Kraft vom 7. Januar einzurechnen sind. Als Durchschnittsverdienst für die Schicht wurden 54 Kronen errechnet.

Das nach mehrtägiger schwerer Beratung zustandegekommene Uebereinkommen wurde unmittelbar nach seinem Abschlusse einer Reichstagung der Bergarbeiter zur endgültigen Entscheidung vorgelegt, die es mit allen gegen drei Stimmen annahm. In der Entschließung der Reichstagung wird mit Genugtuung konstatiert, daß der Angriff auf die 46stündige Arbeitszeit im Bergbau abgewendet würde. Den Vertretern aller Kohlengebiete wurde aufgetragen, alle Vorschläge der Unternehmer auf eine Beseitigung dieser Arbeitszeit abzulehnen. Die Reichstagung kennzeichnet den Ausstand als eine Folge der Wirtschaftskrise des Kapitalismus im allgemeinen, die durch die verkehrte Methode der Kohlenbewirtschaftung noch verschärft wurde. Trotz der Stabilisierung der Kollektivverträge bis August und trotz der grundsätzlichen Anpassung der Löhne an den genau zu ermittelnden Preisindex der wichtigsten Lebensbedarfsartikel sieht die Reichstagung in dem Uebereinkommen keine dauernde Regelung. Es wurde neuerdings die Ueberzeugung ausgesprochen, daß der weitere Kampf um die Sozialisierung des Kohlenbergbaues gehen werde, als dessen nächstes Ziel die Errichtung eines Kohlensyndikates zu betrachten sei.

Der Kampf der Bergarbeiter mußte zum Teil auch gegen die Regierung geführt werden. Sie stand theoretisch auf dem Standpunkt der „Neutralität", in Wirklichkeit hatte sie die Unternehmer durch das böse Beispiel, das sie für alle Attentate auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft gab, ermutigt, indem sie die Gehälter der Lehrer und Staatsbeamten um ein bedeutendes reduzierte, und indem sie sich gegen eine Herabsetzung der Kohlensteuer und Frachttarife wehrte, durch die allein die Aufrechterhaltung des Betriebes in dem passiven Teile der Gruben ermöglicht werden kann. Auch lehnte die Regierung ab, das Abgeordnetenhaus, wie dies verlangt wurde, in der schwierigen Situation einzuberufen. Aber dem scharfen und verdienten Urteil der Nationalversammlung über ihre Unterlassungen entging sie dadurch keineswegs.

In der zweiten Kammer der Nationalversammlung, im Senate, kam es zu einer Dringlichkeitsdebatte über den Streik, in der die Redner aller sozialistischen Parteien mit einer seltenen, aber umso erfreulicheren Einmütigkeit dem Unternehmertum und der Regierung ihren Standpunkt auseinandersetzten. Nicht nur die in der Opposition befindlichen deutschen Sozialdemokraten, sondern auch die den Regierungsparteien angehörigen tschechischen Rechtssozialisten und die Nationalsozialisten fanden scharfe Worte gegen Unternehmer und Regierung. Unstreitig hat diese zweitägige Debatte die Regierung aus ihrer Lethargie herausgerissen. Der den Nationalsozialisten zugehörige Minister für öffentliche Arbeiten Tusny, der zuerst eine nichtssagende Erklärung abgegeben hatte, welche von den tschechischen Genossen nur zur Kenntnis genommen wurde, weil sie es nicht zu einer Regierungskrise kommen lassen wollten, bemühte sich dann eifrig um das Zustandekommen eines Uebereinkommens, „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe".

Unzufrieden mit dem Ausgang ist natürlich die Kommunistische Partei. Sie ist ja auch die Leidtragende. Wie bei jeder Streikbewegung wollte sie auch an diesem Feuer vorerst ihre Parteisuppe kochen. Sie ging wieder einmal „aufs Ganze". Sie predigte den allgemeinen Generalstreik aller Arbeiter und ließ es an den gewohnten hämischen Angriffen auf die „Sozialverräter" und „Gewerkschaftsbonzen" nicht fehlen. Entgegen den Kommunisten, die das außerordentliche und äußerste Mittel des Generalstreiks im Willen und Bewußtsein des Arbeiters entwerten, da sie täglich davon reden, und es zu allem Möglichen und Unmöglichen verwenden wollen, hielten die Sozialdemokraten mit Recht zurück. Die Tatsachen haben ihnen Recht gegeben. Es bedurfte des gefährlichen Mittels nicht. Der Angriff der Unternehmer ist abgeschlagen, der „Königsgedanke" der Kapitalisten, die verschlechterte Profitkonjunktur von den Arbeitern bezahlen zu lassen, ist gescheitert. Die paritätische Kommission, deren Zusammensetzung und Statut eine Ueberrumpelung ausschließen, wird unter der Kontrolle der Oeffentlichkeit untersuchen, ob Lebensmittel, Kleidung, Wohnung für die Arbeiter billiger geworden sind, und um wieviel sie billiger geworden sind. Vor dieser Feststellung gibt es keine Lohnherabsetzung.

Aus dem Reichstag.

In der Sonnabend-Sitzung wurde das Gesetz auf

Erhöhung der Wohnungsbauabgabe

angenommen, nachdem noch Genosse Obermayer-Essen, auf die preisdrückende Wirkung der sozialen Baugemeinschaften und Bauhütten hingewiesen hatte.

Es folgte die demokratische Interpellation über die

Paßbestimmungen im Verkehr mit Deutsch-Oesterreich.

Auf die Begründungsrede des Abgeordneten Heile, der die Schikanen bei der Beschaffung der Sichtvermerke und bei der Grenzüberschreitung in Passau schilderte, antwortete Innenminister Dr. Köster. Er berief sich in der Hauptsache auf Erklärungen des Reichsfinanzministeriums, wonach zur Verhinderung der Kapitalverschiebung auf den Sichtvermerk-Zwang nicht verzichtet werden könne; außerdem befürchtet die Regierung von der Beseitigung der bestehenden Vorschriften eine Ueberflutung Deutschlands mit Einwanderern aus dem Osten, die bei unserer Wohnungsnot katastrophal wirken würde. Die deutschen Einzelregierungen hätten sämtlich gegen die Aufhebung des Paßzwanges im Verkehr mit Deutsch-Oesterreich protestiert; die Reichsregierung wolle aber mit den zuständigen Stellen über eine Milderung der persönlichen Grenzkontrolle verhandeln. Die Redner aller Parteien, einschließlich unseres Genossen Simon-Augsburg, erklärten diese Ausführungen des Ministers als unzureichend. Wenn Dr. Köster auch wiederholt unsere Kultur- und Schicksalsgemeinschaft mit Deutsch-Oesterreich betont hat, so steht damit die Tatsache doch im Widerspruch, daß gegen Deutsch-Oesterreich der Paßzwang genau so gehandhabt wird, wie gegen das übrige Ausland. Um unerwünschte Osteuropäer fern zu halten, würde es doch genügen, die Befreiung vom Paßzwang auf deutsch-österreichische Staatsbürger zu beschränken, sie käme uns Reichsdeutschen natürlich ebenso zugute und könnte nur der Anschlußbewegung dienen. — Die Interpellationsdebatte endigte ohne Abstimmung, am Dienstag wird das Wohnungsgesetz in zweiter Lesung beraten, außerdem steht die zweite Lesung des Haushaltsplanes auf der Tagesordnung, wobei wieder große politische Debatten zu erwarten sind.

Die Streikdebatte des Landtags.

In der Landtagssitzung vom Sonnabend sprach zunächst

Abg. v. Tyaren (D. Vp.): Der Polizeipräsident hat nur seine Pflicht erfüllt. Zwischen den Ausführungen Krügers und Severings zum Beamtenstreikrecht klafft derselbe Widerspruch wie zwischen den Reden der Unabhängigen und der Auffassung des Ministers Lipinski. Warum ist die „Rote Fahne" mit ihren Hetzartikeln nicht verboten worden?

Abg. Riedel (Dem.): Diese Aussprache hier ist nur eine zwecklose Wiederholung der Reichstagsdebatte (Zuruf des Abg. Katz (Komm.) Herr Katz, ich will mich mit Ihnen nicht auf Zwiegespräche einlassen, ich habe der Tasche die eidesstattliche Versicherung der beiden Eisenbahnbeamten über Ihren Aufenthalt in Schmitz, wonach Sie zitternd gebeten haben, ihren Badeausflug nicht zu verraten. (Große Heiterkeit.) Der Aufruf des ADGB., eine wahrhaft nationale Tat, war von dem unabhängigen Reichstagsabgeordneten Aufhäuser mit unterzeichnet.

Abg. Dr. Meyer (Komm.) spricht gegen Regierung und Technische Nothilfe.

Abg. Rabold (U.-Soz.): Auch wir billigen nicht die Methoden der Reichsgewerkschaft, aber deshalb darf man nicht die tieferen Streikursachen vergessen. Eine Gewerkschaft darf nicht über die Köpfe der anderen Gewerkschaften hinweg einen Streik beschließen, dessen Bedeutung weit über den Rahmen der eigenen Gewerkschaft hinausgeht. Wenn schließlich der Ausbruch eines Generalstreiks drohte, so war das nur eine Folge der verfassungswidrigen Ebert- und Richter-Erlasse. Manche bürgerlichen Kabinettsmitglieder scheinen ein besseres Verständnis für die Psyche der Arbeiter zu besitzen, als die Arbeitervertreter in der Regierung. Warum wird die Autorität des Staates nur gegen links geschützt? Warum werden nicht die Putschkassen der deutschnationalen Mördergenralen beschlagnahmt? Warum geschieht den Kapp-Rebellen nichts? Wenn die Schupo, der wir ein Streikrecht zuerkennen, nichts zu tun hat, dann soll sie einmal auf dem Schlosse der Herren v. Kaehne für Ruhe und Sicherheit sorgen. Daß zwischen Streiks in lebenswichtigen Betrieben und in anderen ein Unterschied besteht, sollten auch die Kommunisten endlich einsehen. Beim städtischen Streik haben gerade die Arbeiterfrauen unter den begangenen Fehlern zu leiden gehabt, nicht die Bourgeoisie. Die ewigen Eingestreiks besorgen nur die Geschäfte der Rechten. Der Kritik Dr. Meyers hält der Redner entgegen, es sei sehr leicht möglich, daß nach Genua ein Sendschreiben aus Moskau kommt, das die Kommunisten auffordert, in ein linksgerichtetes bürgerliches Kabinett einzutreten. Radek hat vor Zeugen meinem Parteifreunde Breitscheid gegenüber auf die Gefahr hingewiesen, die ein Sturz des Kabinetts Wirth mit sich bringen würde. (Lebhaftes Hört, hört!)

Minister des Innern Severing:

Es wäre besser für unsere Arbeit und unser Land, wenn der Zwiespalt zwischen Agitationsbedürfnis und dem, was die praktische Arbeit erfordert, verschwinden würde. Abg. Rabold hat zugegeben, daß die Streikleitung nicht genügend Einfluß auf die Arbeiter hatte, um die Notstandsarbeit zu sichern. Das beweist nur, daß wir Einrichtungen wie die Technische Nothilfe brauchen, die unabhängig von allen Strömungen, die Durchführung der nötigen Arbeit sichern und das in den Einrichtungen investierte Kapital retten. (Zuruf des Abg. Katz.) Ich glaube, Herr Katz, ich muß Sie auf einem kleinen Bürgermeisterposten einmal unschädlich machen. (Heiterkeit.) Gewiß hat der Berliner Magistrat keine Ausnahmeverordnung erlassen, aber er war froh, daß eine bestand, die den Einsatz der Technischen Nothilfe ermöglichte. Wenn Abg. Rabold wünscht, daß die Putschkassen beschlagnahmt werden, dann soll er uns erst sagen, wo sie sich befinden. (Heiterkeit.) Wenn v. Kaehne nicht in Notwehr gehandelt hat, wird er zur Verantwortung gezogen werden. Solange die Arbeiter nicht den alten Stand der Vernunft erreicht haben und den Parolen der Gewerkschaften folgen, können wir die Technische Nothilfe nicht entbehren. Wenn ich die Wahl habe zwischen den Einrichtungen des kapitalistischen Westeuropas und den bolschewistischen Rußlands, dann ziehe ich die ersteren vor. Uebrigens kehrt ja Rußland heute zum kapitalistischen System zurück. Vor Ausbruch des Streiks wollte die Reichsgewerkschaft ja gar nicht verhandeln. Hätte die Reichsregierung das Ultimatum der Reichsgewerkschaft angenommen, so hätten die Kommunisten im Reichstage wahrscheinlich ihr vorgeworfen, sie hätte sich der Knute einer kleinen Beamtenschicht unterworfen. (Zuruf des Abg. Katz.) Herr Katz, Sie sind offenbar nicht im Bilde. Sie machen wir manchmal den Eindruck als ob Sie nur eine Art Sprechmaschine sind. (Heiterkeit.) Heute ist die Regierung nur der Vollzugsausschuß des Parlaments, das doch unbestritten ein Spiegelbild der Volksmeinung ist. Ein Verbot der „Roten Fahne" wäre Sache der Justiz gewesen. Aber auch sonst hätte ich es nicht getan, damit ihre Leser den Unterschied zwischen dem Großsprechertum der Führer und dem kläglichen Ergebnis erkennen können. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Haas (Soz.):

Zwischen der gestrigen Rede Meiers und der heutigen Rabolds war ein sehr großer Unterschied, nicht nur im Ton, sondern auch in der Sache selbst. Rabolds Auffassung von dem Streik kommt dem Urteil Aufhäusers in der „Freiheit", das auch unser Urteil ist, sehr nahe. Hätte die Reichsgewerkschaft sich vor ihrem Streikbeschluß an die anderen Gewerkschaften gewendet, dann wäre der Streik wahrscheinlich vermieden worden. Die Reichsverfassung spricht nur von einem Vereinigungsrecht der Beamten. Das Wort „Koalitionsrecht" wird absichtlich vermieden. Wenn die Kommunisten die Milchtransporte und die Lieferung von Wasser ablehnten, weil es keine Notstandsarbeiten seien, so ist das eine ungeheure Gewissenlosigkeit. Nicht die Erfüllungspolitik trägt die Schuld an der Not, sondern der Krieg, der durch die Kriegstreiber maßlos verlängert worden ist. Wenn die Rechte die freie Wirtschaft fordert, dann öffnet sie dem Schiebertum Tür und Tor. Wir müssen Mittel und Wege finden, um die Lohn- und Gehaltsbewegungen in ruhige Bahnen zu leiten. Das Existenzminimum muß die Grundlage der Gehalts- und Lohnfestsetzungen für die Beamten und Arbeiter sein. Die Verhandlungen zwischen Regierung und Beamten müssen anders gepflogen werden wie bisher. Die besten Geheimräte können bei bestem Willen nicht den Ton finden, der heutzutage angebracht ist. Man sollte derartige Dinge Leuten mit praktischer Erfahrung, Gewerkschaftsführern usw. übertragen. Es müssen Schlichtungsinstanzen eingesetzt werden; das würde die Zahl der Streiks erheblich vermindern, weil verantwortungsvolle Führer nur dann zum letzten Mittel des Streiks greifen, wenn das Objekt ihn lohnt. (Beifall bei d. Soz.)

Abg. Wiedemann (D. Vp.): Die Sozialdemokratie hat durch ihre ständige Hetze den Streik zu einer dauernden Erscheinung in der Gewerkschaftsbewegung gemacht.

Abg. Fischbeck (Dem.): Die Technische Nothilfe darf und soll keine Streikbrecherorganisation werden, sondern ein Instrument im Dienst der Allgemeinheit zur Sicherungelebenswichtiger Betriebe.

Abg. Katz (Kom.): Es ist eine Verleumdung, daß ich je auf Rügen geweilt hätte. Das Streikrecht der Beamten ergibt sich klar aus dem Protokoll des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung. Radek hat niemals gegenüber Breitscheid sich für das Kabinett Wirth ausgesprochen.

Abg. Meier (U. Soz.): Zwischen Rabolds und meinen Ausführungen besteht kein Widerspruch. Die Beamten erkennen jetzt, daß die Sondervorrechte, um deren Willen man ihnen das Streikrecht verweigert, nur Fesseln sind, die in einem modernen Staat fallen müssen. Herr Wiedemann darf sich als Vertreter gelber Arbeiterorganisationen nicht wundern, wenn er zu Verhandlungen nicht zugelassen wird. Wir billigen durchaus nicht jeden Streik, zumal wenn er sich gegen die Allgemeinheit richtet.

Die Landleute gegen den schießlustigen Junker.

Gegen den schießlustigen Rittergutsbesitzer v. Kaehne demonstrierte gestern im Dorfe Glindow eine Riesenversammlung von Arbeitern und Bewohnern der Umgebung. Die Erbitterung der Bevölkerung ist riesengroß. Angenommen wurde eine Resolution, in der die Erhebung einer Anklage wegen Mordversuches, Anordnung der Fürsorgeerziehung für die Kinder der Familie, Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Oberstaatsanwalt von Petzow wegen Begünstigung gefordert wurde. Weiter wurde gefordert, daß insbesondere gegen den adligen Amtsvorsteher von Petzow und gegen den Landrat von Zauch-Belzig wegen Ueberlassung von Waffenteilen und Ueberschreitung der Dienstbefugnisse das Disziplinarverfahren eingeleitet wird. In der Angelegenheit des Herrn Kaehne selbst hatte der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht an das zuständige Amtsgericht das telephonische Ersuchen gerichtet, über den Antrag des Oberstaatsanwalts in Potsdam auf Erlaß eines Haftbefehls gegen von Kaehne so rasch wie möglich zu entscheiden.

Kaehne und der Staatsanwalt.

Die Potsdamer Staatsanwaltschaft, der in Sachen des Junkers von Kaehne der Vorwurf gemacht wird, daß sie nicht rasch und wirksam genug eingegriffen habe, erklärte am Sonnabend einem Berichterstatter des „Vorwärts" durch den Mund des Oberstaatsanwalts Petzinger:

Die erste Anzeige über die am vergangenen Sonnabend in der Staatsforst an der Cleistower Chaussee erfolgte Tat ist am Mittwoch oder Donnerstag bei der Staatsanwaltschaft in Potsdam eingegangen. Vorher hat keine Benachrichtigung stattgefunden. Warum dies nicht geschah, darüber sind gleichfalls Ermittlungen im Gange. In der Anzeige war nur von einer Schulterverletzung die Rede und wurde behauptet, Herr v. Kaehne habe selbst für die Fortführung des Verletzten, des Arbeiters Karl Nietert, gesorgt. (In Wirklichkeit hat er den Schwerverletzten ruhig liegen lassen. Red. d. „V.".) Sofort wurde mittels Eilbriefes das Amtsgericht in Werder informiert, die Ermittlungen aufzunehmen, die Zeugen gerichtlich und den Beschuldigten verantwortlich zu vernehmen. Gleichzeitig wurde beim Amtsgericht ein Haftbefehl gegen Herrn v. Kaehne beantragt. Ueber das Ermittlungsergebnis liegt bis zur Stunde keine Meldung vor. Ueber den Zustand des Verletzten, der aus der Presse (!) der Staatsanwaltschaft bekannt geworden ist, wurden vom Bearbeiter des Falles telephonisch beim Krankenhaus in Glindow Erkundigungen eingezogen und dabei erklärt, daß im Falle eines Ablebens des Verletzten die Leiche beschlagnahmt werden müßte. Die Erregung der Bevölkerung ist der Staatsanwaltschaft durchaus begreiflich. Sie hat zur weiteren Veranlassung sofort nach der letzten Verurteilung des jungen Kaehne der zuständigen Stelle Mitteilung gemacht, hat aber ihrerseits keinen Einfluß auf die Entziehung von Waffenscheinen. Das ist Sache der Sicherheitsbehörde, aber nicht der Verfolgungsbehörde. Ebensowenig konnte die Staatsanwaltschaft das auf Grund des Wahrspruches der Geschworenen ergangene Urteil gegen den jungen Karl v. Kaehne angreifen. Die Staatsanwaltschaft hatte damals Anklage wegen Totschlagsversuchs erhoben. Die Geschworenen verneinten diese Schuldfrage. Von der Staatsanwaltschaft wird nichts unterlassen, um die schnellste Aufklärung herbeizuführen, insbesondere darüber, ob ein Akt der Notwehr, wie bisher behauptet wird, vorliegt.

Aus der Erklärung des Staatsanwalts ergeben sich drei Fragen: 1. Wer ist schuld daran, daß die Anzeige über die Tat erst mit mehrtägiger Verspätung erstattet wurde? Wie heißt insbesondere der Gemeinde- bezw. Amtsvorsteher, dem die Pflicht zur Anzeige oblag? 2. In welcher Weise hat das Amtsgericht in Werder auf den Eilbrief des Staatsanwalts reagiert, wieso hatte er bis Sonnabend keine Meldung darüber, ob sein Haftersuchen ausgeführt worden war? 3. Welche Behörde trägt die Verantwortung dafür, daß trotz der fortgesetzten Schießexzesse der Familie v. Kaehne die Waffenscheine nicht entzogen wurden? Wie versichert wird, sind sämtliche Bewohner des Schlosses Petzow, nicht nur die Familienmitglieder v. Kaehne, sondern auch Kutscher, Portiers, Gärtner usw., im Besitz von Schußwaffen.

Das neue Karthago.

Von Georges Eekhoud.

8] (Nachdruck verboten.)

4.

Der Schweizer Robinson.

„Wenn ich bis zum Ende der Welt lebte, würde ich nie diese Szene vergessen." So erzählte Lorenz, der Maschinist, ein ehemaliger Kavallerist, der eben im Begriff war, das metallene Ungeheuer von dreihundert Pferdekräften zu reinigen und zu putzen. „Ja, mein Herr, dieses Biest besorgte an dem Tage eine hübsche Arbeit! . . . Und deshalb bin ich oft versucht, statt es so zu pflegen wie jetzt, es in ebensoviel Stücke zu zerschlagen, wie es meinen gutmütigen Kameraden zerrissen hat! . . . Und er war noch nicht einmal zur Ziehung gewesen, mein Heizer! Stark und gesund war er, der blonde Kraushopf. Nicht einen Fehler hatte er. Der wäre bei seiner Gestellung sicher nicht für untauglich erklärt worden! Er war so wohlgestaltet, daß einer der Herren der Akademie ihn in weißem Marmor ausgehauen hätte, wie jene Statuen im Park, — es sollen Götzenbilder sein, hat man mir gesagt. Vielleicht hat diese Aehnlichkeit mit den falschen Göttern ihm Unglück gebracht . . . Aber, wie es auch sein mag, er hätte wie unsere ersten Eltern, ganz nackt spazierengehen können, ohne Anstoß zu erregen. . . . Nun wohl, diesen Christenmenschen hat die Maschine nicht in zehn, nein, in hundert Stücke zerschnitten. . . Als es sich darum handelte, diese mühsam zusammengesuchten Fetzen zu begraben, habe ich mit zwei andern Männern, die dazu bereit waren — und was für ein Wille war dazu nötig! — zuerst nacheinander fünf Fingerhutvoll seinen Genesser getrunken . . . Wir rollten diese Fleischstücke wie gehacktes Wurstfleisch in ein halbes Dutzend Bettücher, die Fräulein Felicitas kurzend hergegeben hatte . . . Und es war mit diesen sechs breiten Leintüchern noch nicht genug: durch das saßte kam noch das Blut heraus!"

Während diese in ihrer barbarischen Naivität so anschauliche Schilderung die Nerven des jungen Paridael angriff, hörte er eine rauhe Stimme, die möglichst sanft zu klingen suchte:

„Ge, Herr Lorenz . . . Herr Lorki! . . ."

Lorki! Seitdem er aus dem Elternhause fort war, nannte niemand ihn mehr Lorki. Er wandte sich um, wie wenn er sich darauf gefaßt hielte, einen Unerschrockenen zu sehen, und wie groß war seine Freude, als er den kurzen dicken Arbeiter mit dem gebräunten Gesicht, den blinzelnden Augen und dem kleinen gekräuselten Spitzbart erkannte.

„Vincenz!" rief er blaß vor Aufregung aus. Sie hier?"

„Zu Befehl, Herr Lorki . . . Aber beruhigen Sie sich. Man sollte wahrhaftig meinen, ich hätte Sie erschreckt! Ich bin Meister in der Gießerei . . . Sie wissen ja, die Frauenwirtschaft . . ."

Die Gießerei war eben der einzige Teil der Fabrik, in den Lorenz sich noch nicht gewagt hatte. Die Mädchen aus den Vorstädten, die kecker und lärmender waren als ihre Kameraden und sich noch weniger gefallen ließen, jagten ihm einen gewissen Schrecken ein. Lorenz hörte oft abends von seinem Bette aus die Fabrikglocke ertönen, die das Ende der Schicht anzeigte. Die Frauen ließ man eine Viertelstunde früher gehen als die Männer. Das gab dann ein lärmendes Laufen nach dem Fabriktor. Da draußen aber gingen sie langsamer. Die Glocke ertönte aufs neue. Nun gingen auch die Männer, schwerfälliger, und sie riefen sich mit weniger greller Stimme zu. Und einige Minuten später konnte man am Ende der Straße das Schreien angegriffener Weiber und roher Liebhaber hören. Lorenz überlief eine Gänsehaut. „Ach, die Grausamen, jetzt packen sie sie!" Der harmlose Knabe verstand noch nichts von diesen Flüchen, diesem stoßweisen Lachen, das in ein heuchlerisches Lamentieren überging. Der Lärm ging weiter an den Ecken der Gäßchen, verklang in der Tiefe der Sackgassen, bis über der Bannmeile wieder ein düsteres Schweigen ruhte, das im Verein mit der Dunkelheit den Ueberfällen und den Liebesspielen günstig ist, — in der schwülen, liebestrunkenen Nacht um die Steinerne Mühle.

Am nächsten Tage waren die Weiber, die so herzzerreißend geschrien hatten, noch lebendiger und kecker als vorher, und in den Hallen des Erdgeschosses schienen die Männer zufrieden mit sich selbst, stießen sich mit dem Ellbogen, tauschten vielsagende Blicke aus und schnalzten mit der Zunge.

Auf welche geheimnisvollen Heldentaten machten diese rauhen Patrone wohl eine Anspielung? —

„Wie? Sie kennen die Sicherei nicht?" fragte Vincenz Tilbak. „Und das ist doch der merkwürdigste Teil der Fabrik. Sie müssen meine Arbeiter am Werk sehen! Wahre Bienen!"

Dieser Tilbak war früher Matrose gewesen; er stammte aus derselben Gegend wie Siska. (Fortsetzung folgt.)

Aus dem Verbreitungsgebiet.

Dienstzeit oder Arbeitszeit?

Der Grundgedanke des Achtstundentages war nicht etwa der, daß der Mensch acht Stunden am Tage arbeiten müsse, sondern vor allem der, daß er 16 Stunden am Tage zu eigener Verwendung für Schlaf und Erholung übrig behalten müsse. Neuerdings beginnt man unter dem Druck der nationalen Not einer Verlängerung der Arbeitszeit das Wort zu reden. Es sind Arbeitszeitgesetzentwürfe in Vorbereitung, welche neben den Begriff Arbeitszeit, den zweiten Begriff Dienstzeit setzen.

Parlamentarier sowohl wie eine Reihe von Zeitungen haben wiederholt in jüngster Zeit die Ansicht verteidigt, der Achtstundentag könne nur so verstanden werden, daß unter diesen Begriff die Zeit der reinen Arbeitsleistung zu rechnen sei. Dadurch gelangte man zur Herausschälung von Dienstbereitschaftszeiten, wie sie bei gewissen Berufskategorien unvermeidlich sind und bisher „schematisch" in den Achtstundentag mit eingerechnet wurden. Man verlangt nun von den betroffenen Berufsklassen, zum Beispiel Bahnwärtern, Lokomotivführern, Zugpersonalen und ähnlichen Arbeitnehmern, daß sie mit der Anrechnung der wirklichen Arbeitsstunden und der Nichtanrechnung der Bereitschaftsstunden einverstanden sein sollen. Diese Deduktion klingt im ersten Augenblick sehr bestechend. Jeder Nichtfachmann wird sich sagen, daß die Stunden, während welcher ein Bahnwärter beispielsweise zwischen zwei Zügen in seiner Bude die Zeitung lesen kann, tatsächlich keine Arbeit leistet; versetzt man sich dagegen in die Lage dieses Bahnwärters, und stellt man sich vor, daß einem solchen Beamten auf wenig befahrenen Strecken im Laufe des ganzen Tages nach diesem Rezept allenfalls 2—3 Stunden Arbeitszeit angerechnet werden könnten, so sieht man, daß hier ein ungesundes und gefährliches Spiel mit den Begriffen Dienstzeit und Arbeitszeit getrieben wird.

Der Achtstundentag soll, wie gesagt, in erster Linie dem Arbeitnehmer nicht eine maximale Dienstpflicht, sondern vielmehr eine Mindestfreizeit garantieren. Die Verteidiger des neuen Arbeitszeitbegriffes berufen sich auf die Notwendigkeit vermehrter Arbeit in Deutschland. Der ehemalige preußische Ministerpräsident Stegerwald führte neulängst aus, wir Deutschen müßten uns daran gewöhnen, mehr als bisher zu arbeiten und vor allen Dingen mehr wie jeder Engländer und Franzose. Diesem Satze soll nicht widersprochen werden, falls damit eine generelle Verlängerung des Normal-Arbeitstages für alle deutschen Arbeitnehmer gemeint ist. Trotzdem der Achtstundentag für ein unter Normalverhältnissen lebendes Volk die idealste Lösung der Arbeitszeitfrage ist, könnte man allenfalls in Zeiten der Not zugestehen, daß eine halbe Stunde pro Arbeitstag zur Erreichung gewisser Staatsnotwendigkeiten zugesetzt werden könne. Ungerecht dagegen wäre es, nur einige wenige Berufe zur Hergabe eines beträchtlichen Teiles ihrer persönlichen Erholungszeit zwingen zu wollen. In einem süddeutschen Staate werden beispielsweise die Bahnwärter während des Dienstbereitschaftsteiles ihres Achtstundendienstes mit Besenbinden für die Eisenbahnverwaltung beschäftigt. Dies ist ein gesundes Prinzip, gegen welches niemand etwas einwenden kann.

Es muß unbedingt Sache des Arbeitgebers, sei es nun der Staat oder eine Privatfirma, sein, diejenigen Kräfte, deren Bereitschaft unerläßlich ist, entweder während der Bereitschaftsstunden angemessen zu beschäftigen oder, wenn dies nicht geht, ihm die Bereitschaft, die ja ein Opfer der persönlichen Zeit darstellt, ebenso als volle Arbeitszeit zu bezahlen. In der Rede eines Abgeordneten wurde unlängst die Behauptung aufgestellt, daß in extremen Fällen manche Lokomotivführer von den vorschriftsmäßigen 208 Stunden monatlich nur 70—80 Stunden ihr Amt wirklich ausüben und die übrige Zeit nur in Bereitschaft sind, also nichts zu tun haben. Abgesehen davon, daß solche extremen Fälle niemals vorkommen, vergißt der Verbreiter dieser Nachricht, daß der Dienst des Lokomotivführers nicht nur während der Fahrt eines Zuges ausgeübt wird, sondern jedesmal 1½ Stunden vor dem Fahrtbeginn anfängt und nachher mindestens noch 1 Stunde für Restaurieren der Lokomotive gebraucht wird. Der Begriff Dienstbereitschaft würde auch alle Aerzte, welche in Sanitätswachen Nachtdienst tun und in manchen Nächten überhaupt keine „Arbeit" erhalten, schwer treffen; ebenso zahlreiche Leute, die als Wächter in Geschäftsräumen, als Hotelportiers oder in Apotheken als Nachtprovisoren Bereitschaftsdienst tun.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß die Spaltung des Normalarbeitstages in zwei Begriffe, Arbeitszeit und Dienstzeit, ein verfehlter gesetzgeberischer Gedanke ist. Er ist schon deshalb verfehlt, weil der volkswirtschaftliche Nutzeffekt im ganzen genommen ein verhältnismäßig geringer ist, weil dadurch nur eine kleine Anzahl von Berufsangehörigen um große Teile ihrer freien Zeit gebracht würde; während die große Masse der Arbeitnehmer im vollen Besitz ihrer 16 Stunden eigener Zeit verblieb. Ein viel größerer Nutzen für die Allgemeinheit würde entstehen, wenn man den Normalarbeitstag für alle Arbeitnehmer vorübergehend auch nur um 10 Minuten verlängern würde.

Weitere Erhöhung der Versicherungsgrenze für Angestellte.

Der Vorstand des Zentralverbandes der Angestellten, hat an den Reichstag und an den Reichswirtschaftsrat eine Eingabe gerichtet, um die Erhöhung der Versicherungsgrenze für Angestellte auf jährlich 100 000 Mark zu erreichen, da durch die fortschreitende Geldentwertung die augenblicklich vorgesehene Gehaltsgrenze von 30 000 Mark als überholt bezeichnet werden muß.

Aus der Praxis des Taylorsystems.

Belgien hat zum Wiederaufbau seiner Industrie, die wohl am meisten im Weltkrieg gelitten hat, eine Kommission nach Amerika geschickt. Der belgische Sozialist de Man hat in einem Buch seine Erfahrungen niedergelegt. Er gesteht zwar ohne weiteres die Ueberlegenheit des Systems zu, stellt aber fest, daß ihm die Arbeiter durchweg feindlich gegenüberstehen. Ihre Abneigung zeige sich vor allem den Zeitstudien gegenüber. Sie wollen ihre Handgriffe und Körperbewegungen nicht mit der Stoppuhr messen lassen. Als gescheitert müsse insbesondere die „functional foremanship", d. h. die Berufsvorarbeiterschaft, betrachtet werden. Sie will bekanntlich die ganze geistige Arbeiterschaft in die Büros verlegen und eine Anzahl Beamte, die Meister oder Vorarbeiter, mit der Ermittelung und Verantwortung für die richtige Beobachtung der Vorschriften betrauen. Der eine sorgt für die Instandhaltung der Maschinen, der zweite für die richtigen Werkzeuge, der dritte ist Geschwindigkeitsmesser, d. h. er treibt zu rascher Erledigung an. Der Arbeiter hat dann lediglich die Vorschriften auszuführen und nichts mehr zu denken. Er ist Maschinenteil, der leicht eingesetzt und ersetzt werden kann. Gerade aus dieser Einrichtung von Denk- und Antriebsmeistern entstehen aber nun so viel Reibungen, daß die konsequente Durchführung des Systems unmöglich wird. Die fortgesetzte Kontrolle von allen Seiten her und nach allen technisch möglichen Richtungen, die Bewertung jeder Arbeit vorwiegend nach der Geschwindigkeit, d. h. mit der Uhr in der Hand, macht naturgemäß schon von vornherein nervös. Es ergibt sich auch eine Schwächung der Moral in den Taylorbetrieben. Die alte Werkstättenhierarchie, hat sich, trotz ihrer offensichtlichen Mängel, durch den Willen der Arbeiter behauptet. Nur wenige Betriebe haben sich Taylor angeschlossen und nur in einem ist sein System völlig durchgeführt, nämlich in dem Taborwerk in Philadelphia.

Auch in der Werkstätte, sagen die Amerikaner, gilt der Satz: „Jede Regierung beruht auf der Zustimmung der Regierten!"

In einer der letzten illustrierten Beilagen des „Vorwärts" ließ auf der letzten Seite die größte Uhrenfabrik Deutschlands von Junghans in Schramberg im Schwarzwald eine reklamehafte Darstellung ihres nach amerikanischem System eingerichteten Großbetriebes erfolgen, die kund tat, daß auch in Deutschland vereinzelt eine teilweise Durchführung des Taylorsystems mit Erfolg versucht wurde. Ferner ist dem Verfasser dieser Zeilen bekannt, daß nach gleichem System in den Betrieben der AEG. von Siemens & Halske, Bosch-Stuttgart, Knorr-Bremse-Lichtenberg und andere mehr, gearbeitet wird.

Man ging versuchsweise sogar soweit, die Arbeit in den technischen Büros, wie das Anfertigen von Zeichnungen usw. nach dem Taylorsystem, oder wie man verschämt sich ausläßt, nach „wissenschaftlicher Betriebsführung" ausführen zu lassen.

Es wäre zu wünschen, daß die deutsche Kopf- und Handarbeiterschaft sich ebenso energisch und mit Erfolg gegen derartige Versuche der Einführung obigen Systems wehren würde, wie die amerikanische, andernfalls hätten wir außer den vielen Kriegs- und Berufsinvaliden noch viel mehr menschliche Ruinen vom 40. Lebensjahre ab zu verzeichnen, die dann notgedrungen von der Allgemeinheit miterhalten werden müssen, denn für den Moloch Kapitalismus, sind sie erledigt. — —ff.

Der Amtsvorsteher im republikanischen Staat.

Durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts auch für die Kreistage, ist nicht nur die dominierende Stellung der Junker in diesen, wie in den Kreisausschüssen erledigt. Auch eine andere wichtige Position ist ihnen zum großen Teil verloren gegangen. Es ist dies die Besetzung der Amtsvorsteherposten, die ihnen, wenn alle Mittel wirtschaftlicher, wie persönlicher Art gegen sogenannte „störrische" versagten, die gesetzlichen Machtmittel in die Hände gab und sie auf diese Weise zu unumschränkten Gewalthabern auf dem Lande machte.

Die Revolution brach auch in dieses Bollwerk der Reaktion Bresche und ermöglichte die Besetzung eines wesentlichen Teiles dieser Posten mit republikanisch gesinnten Männern. Man kann wohl ohne weiteres sagen, daß erst die Neubesetzung eines großen Teiles dieser Posten den Widerstand, den die neue Staatsform in jenen Kreisen fand, zum wesentlichsten Teile brechen half, und es der Republik nur dadurch möglich wurde, ihren Gesetzen auch auf dem Lande Geltung und Achtung zu verschaffen.

Das Amt eines Amtsvorstehers ist ein Ehrenamt, und mit keinerlei Einnahmen für persönliche Mühewaltung und Zeitverluste verbunden. Ein großer Teil der neuen Amtsvorsteher, die zwar gern und willig dieses Opfer für die Allgemeinheit bringen, sieht sich aber insofern in einer schwierigen Lage, als es ihnen nicht möglich ist, die hohen Amtsunkosten zu tragen.

Zur Illustration sei hier ein Fall angeführt:

Ein kleiner Besitzer ist Amtsvorsteher eines aus 5 Gemeinde- und 5 Gutsbezirken bestehenden Amtsbezirkes. Er bezieht als Amtsunkostenentschädigung jährlich 125 Mark genau soviel, als sein Amtsvorgänger, der Rittergutsbesitzer war, schon im Frieden bezog. Mit diesen 125 Mark soll dieser nun Schreibmaterial, Briefumschläge, Porto usw. bei den enorm gestiegenen Preisen bezahlen. Bei dem Umfange des Amtsbezirkes, der mindestens wöchentlich 8—10 Schreiben an das Landratsamt und 3 bis 4 Sachen an die Staatsanwaltschaft, von denen manche nach den neuen Sätzen 5 bis 6 Mark Porto kosten, reicht dieser Betrag kaum für einen Monat. Wenn er für die übrigen Monate nicht aus seiner Tasche zahlen will, bleibt ihm nichts anderes übrig, als sein Amt niederzulegen.

Dem Großbesitzer kommt es schließlich auf ein paar tausend Mark nicht an, wenn ihm nur durch die Erhaltung dieser Position eine Machtstellung in Händen bleibt. Wir sollten aber alles daransetzen, um zu verhindern, daß diese vielumkämpften Posten auf die vorerwähnte Weise wieder in die Hände der Reaktion zurückfallen.

Deshalb ist es wohl Zeit, daß dieser Frage ebenfalls Beachtung geschenkt wird, denn es dürfte eine große Anzahl solcher Fälle, wie oben angeführt, vorhanden sein. Vor allen Dingen gilt es, dieser Frage besonders nahezutreten, weil gerade die kommende Neugliederung der Verwaltung für den Amtsvorsteher einen noch größeren Wirkungskreis bringen wird.

Kreis Namslau.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Am Dienstag, den 14. Februar, hielt der Verband eine Versammlung in Webers Saal ab, die den Bericht der Lohnkommission über Lohnverhandlungen und Zahlstellenangelegenheiten entgegennahm.

Nach Eröffnung der Versammlung durch Kollegen Völker, nahm Bezirksleiter Grohser-Breslau das Wort zu seinem Bericht über das Ergebnis der Lohnverhandlungen. Seine Ausführungen, in denen er die neuen Lohnsätze darlegte, wurden mit allseitiger Befriedigung aufgenommen. Sie fanden Zustimmung. Nach Erörterung einiger Lokalfragen teilte Bezirksleiter Grohser mit, daß sich 8 Kollegen einer Striegauer Mühle seit Wochen im Streik befinden. Diesen wurde eine Unterstützung zugedacht. Es wurden ihnen aus der Lokalkasse 500 Mark überwiesen, die durch Umlage von den Mitgliedern aufgebracht werden sollen. Auch der eventuelle Mehrbetrag soll den Streikenden zugute kommen. Das Striegauer Beispiel zeigt in krasser Weise den Herrenstandpunkt der Unternehmer, die lieber ihre Maschinen frieren und ihre Kessel platzen lassen, ehe sie einem Arbeiter das zum Leben Notwendigste zukommen lassen. Natürlich spielen auch hier Streikbrecher ihre Rolle und gewöhnlich sind es immer die Großmäuligsten, die vorher von Zusammenhalten und Solidarität am lautesten geschrieen hatten. Kollege Völker brachte noch ein Schreiben der Volksfürsorge zur Verlesung, auf das der Vertreter in näheren Ausführungen einging und zur Versicherung in der auf gewerkschaftlicher Grundlage stehenden Volksfürsorge aufforderte.

Zum Schluß wurde noch für einen arbeitslosen Gewerkschaftskollegen, der sich auf der Durchreise befand, eine Tellersammlung veranstaltet, mit deren Erfolg er zufrieden sein konnte.

Vom Bildungsausschuß.

Die letzten beiden Unterhaltungsabende in der evangelischen Volksschule hatten weniger unter schlechtem Besuch als unter dem Nichterscheinen der angesagten Vortragenden zu leiden. Glücklicherweise hatte es Genosse Hirsch an beiden Abenden unternommen für Unterhaltung zu sorgen, was ihm auch vollkommen glückte, denn die Zuhörer folgten ihm mit ungeteilter Aufmerksamkeit. Es wäre zu begrüßen, wenn die angesagten Vorträge, im Falle es dem Redner nicht möglich sein sollte, zu erscheinen, ausfallen müßten, dies vorher rechtzeitig dem Bildungsausschuß mitgeteilt würde, damit dieser andere Vorkehrungen treffen kann. Denn schließlich wirft es doch zuerst immer auf den Veranstaltenden ein schlechtes Licht, wenn ein angesagter Vortrag auch ohne seine Schuld nicht stattfinden kann. Wir hoffen also in Zukunft, daß derartige Vernachlässigungen nicht wieder vorkommen und empfehlen diese Bildungsabende zu regem Besuch, besonders der Jugend, da sie ihr für ihr späteres Leben von großem Nutzen sind. Auch sind zu diesen Bildungsabenden Anhänger aller Parteien herzlich willkommen. Sie finden jeden Dienstag, abends 8 Uhr, in der evangelischen Schule statt.

Vereinskalender.

Oels. Bezirksnachrichten Schlesische Spielvereinigung. Mittwoch, den 22. Februar, abends 7½ Uhr, Festkomiteesitzung. Sämtliche Mitglieder haben zu erscheinen. Der Obmann.

Namslau. Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins am Dienstag, den 21. Februar, abends 8 Uhr, bei Weber. Die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder. Der Bildungsabend fällt Dienstag aus.

Der Spartopf.

Von Wilhelm Scharrelmann.

Ich hatte als Kind einen Spartopf, einen Mohrenkopf, in den man wohl etwas hineinstecken konnte, aber aus dem man so leicht nichts wieder herausbrachte, soviel Mühe man sich auch darum gab. So einen hatte ich und war neun Jahre alt.

Monatelang hatte ich ihn gehütet wie Alberich seinen Schatz. Aber so oft ich ihn auch schüttelte — immer klirrte nur der eine Nickel darin, den ich geschenkt bekommen hatte, als man mir den Spartopf gab.

Und nun kam nie einer dazu, wochenlang nicht, monatelang nicht, und ich spähte doch bei jeder Gelegenheit. Aber damals flogen die Nickel noch nicht wie heute die Markscheine, und ein Groschen hatte einen Wert, daß es einfach nicht zu sagen ist.

Ja.

Nun war da ein Mädchen. Natürlich. Es ist immer ein Mädchen dabei, wenn etwas im Spiele ist.

Emma hieß sie.

Ich kann seitdem den Namen nicht mehr leiden.

Damals liebte ich ihn. Es gab keinen schöneren.

Es war Frühjahr und die Zeit der Marmel. Es gab welche in allen Farben, mattblaue und gelbe und weiße und braune blanke und glatte. Im nächsten Laden an der Straßenecke lag eine ganze Handvoll im Schaufenster, große und kleine. Aber die schönsten waren die Glasmarmel. Besonders einer war prächtig, dicker wie eine Herzkirsche und mit zierlichen roten, blauen und gelben Streifen unter der blanken Oberfläche, ein Wunder an Schönheit.

Emma verachtete alle anderen. Dieser Marmel war ihre einzige Sehnsucht.

Ich stand vor einem gewaltigen Entschluß.

Zu gern hätte ich ihr den Marmel gekauft.

Aber ich hatte den Nickel nicht, der dazu gehörte. Der Spartopf war unerbittlich, er rückte nichts heraus.

Tagelang ging das mit uns beiden. Aber der Mohrenkopf grinste nur.

Zuletzt erklärte Emma, wenn ich die Absicht hätte und es wirklich wollte, müßte ich es auch tun. Sonst wäre es aus mit unserer Freundschaft. Einfach.

Das gab den Ausschlag. Ich lief nach Hause, nahm den Mohrenkopf und warf ihn an die Wand. Anders war ihm nicht beizukommen. Es gab einfach kein anderes Mittel. Er flirrte wie ein Lampenzylinder.

Ich verließ die Stube wie ein Verbrecher und ging hin und kaufte Emma den Glasmarmel.

Und Emma war glücklich. —

Abends traf ich sie wieder.

Und nun kommts.

„Nun?" fragte ich und lächelte.

„Wh?" machte sie ein wenig ungeduldig von oben herab.

„Den Marmel meine ich".

„Den?" sagte sie gedehnt, als handle es sich um eine alte Kartoffel. „Den — hat Heinz Bier".

„Heinz Bier?" stammelte ich fassungslos. „Du — du hast ihn verschenkt?"

Ich wundere mich heute noch, daß mir die Augen nicht aus dem Kopfe quollen.

Aber Emma hatte mich schon stehen lassen.

Und darum — Räuber und Mörder?

Eine Wut packte mich — ich hätte heulen können.

Ich tat es nicht. Ich sah schon damals ein, daß es zwecklos war.

Erfahrungen sollen klüger machen.

Aber sie tun es nicht in jedem Falle.

Wenn nämlich heute eine käme — sie brauchte ja nicht Emma zu heißen — und zu mir sagte: Schenk mir — — na, egal was —, ich glaube, ich würfe meinen Spartopf noch einmal an die Wand.

Gut, daß ich keinen habe.

Himtöters Kleine Anfrage.

Von Tobias Pemberlein.

I.

Himtöter ist seit fünfzehn Jahren rechtmäßiger Inhaber der Zelle 213 im Hauptgebäude zu Dalldorf. Er trägt sein Schicksal mit Würde und Geduld; denn er ist ein Philosoph. Kein Wunder, daß er sich des Wohlwollens aller erfreute, die mit ihm zu tun hatten.

Und das mit Recht.

II.

Er ist aber bestimmt verrückt. Vor vierzehn Tagen riß er aus. Wenn er nicht verrückt wäre, hätte er das nicht getan. Sei es nun, wie es sei — Himtöter erfreute sich der sogenannten Freiheit.

Als er auf dem Potsdamer Platz stand, kam ein Mann auf ihn zu und fragte: „Können Sie sich nicht darauf besinnen, daß die Front von hinten erdolcht wurde?" Himtöter dachte eine Weile nach und sagte dann freudig und bestimmt: „Aber natürlich, bitte schön!" Darauf der andere: „Sie sind unser Mann!" Er schleifte ihn mit.

Und das mit Recht.

III.

Tags darauf war Himtöter Wanderredner der Putschnationalen Volkspartei. Er wurde der Stolz der Firma. In den Versammlungen fand er brausenden Applaus.

Er schrie: „Das Ausland beneidet uns um Ludendorff!" oder: „Im Felde unbesiegt!" oder: „An unserer Niederlage ist das internationale jüdische Oberkommando schuld!" oder: „Die Schuld Deutschlands am Kriege ist eine freche Lüge!" oder: er las Geschichtstabellen.

Trotzdem merkte niemand etwas. Höchstens Himtöter selbst. Er schüttelte in stillen Stunden manchmal den Kopf.

Und das mit Recht.

IV.

Doch das Unheil schreitet schnell. Die Putschnationalen sind Pechvögel. Haben sie einmal und endlich einen großen Mann, wird er dahingerafft.

Diesmal von dem Wärter Schulze III. Als Himtöter in einer hundertköpfigen Versammlung einen Satz mit den Worten begann: „„Unser heldenhafter Kaiser . . ." — stand ein Mann auf und meinte wohlwollend: „Himtöter, kennste mir nich wieder?" Es war der Wärter Schulze III, der ihn seit fünfzehn Jahren betreute.

Die Versammlung protestierte. Aber Schulze III nahm seinen Schützling mit.

Und das mit Recht.

V.

Am folgenden Tage ging beim Reichskanzler folgende Kleine Anfrage ein:

„Es ist eine Gemeinheit. Ob ich verrückt bin oder putschnational, ist gehupft wie gesprungen! Gleiches Recht für alle! Was gedenkt der Reichskanzler zu tun?

Himtöter-Dalldorf."

Schon am nächsten Tage lief die Antwort in Dalldorf ein:

A. G. pk. 2872/22.
Abtlg. 4. Dez. 28.

Im Auftrage der Regierung die Mitteilung, daß im Hinblick auf den Mangel an heute zu diesem Zwecke erforderlichem Riesenbaumaterial und Gelände leider Ihr Vorschlag nicht ausgeführt werden kann. J. V.: Holzhaupt, Regierungsrat.

Mit diesem Bescheide mußte sich Himtöter zufrieden geben. Es geht ihm übrigens nicht sonderlich nahe. Er ist bereits wieder in die Betrachtung seines Bauchnabels versunken.

Und das mit Recht.

Der Arbeitsmarkt am Jahresbeginn.

Die jetzt vorliegenden Dezemberzahlen zeigen ein weiteres Ansteigen der Erwerbslosigkeit. Die Zählung der Verbände, die Ende Oktober mit 1,2 v. H. arbeitsloser Mitglieder den bisher günstigsten Stand ergab, gibt Ende November 1,4 und Ende Dezember 1,6 v. H. der Mitglieder als arbeitslos an. Zwar bleibt mit 1,6 v. H. die Zahl, verglichen mit den Vorkriegszahlen, noch sehr günstig, denn der Durchschnitt der letzten sieben Vorkriegsjahre ergibt 3,1 v. H. Nur das Kriegsjahr 1917 bleibt mit 0,9 v. H. unter dem jetzigen Stande. Aber es zeigen sich in einigen Industrien bedrohliche Anzeichen, als sei der Höhenpunkt der Konjunktur überschritten. Die Verschlechterung Ende Dezember ist allerdings zum Teil auf die Frostperiode zurückzuführen, die z. B. die Arbeitslosigkeit unter den Bauarbeitern auf 6,6 v. H., den Malern auf 7,9 v. H. steigen ließ; auch ließ der Frost viele Notstands- und Erdbewegungsarbeiten vorübergehend zum Stillstand kommen und die Landwirtschaft gab mehr Arbeitskräfte ab, als sie aufnahm. Jedoch zeigen andere Industrien bereits die Wirkung der Valutaschwankungen und der dadurch bewirkten verminderten Rohstoffzufuhr. Die Lederindustrie hat eine Verschlechterung von 0,9 auf 1,5 v. H. Arbeitsloser erfahren. In der Nahrungs- und Genußmittelindustrie zeigt sich eine Verschlechterung von 2,9 auf 4,9 v. H. Besonders notleidend ist der Fleischerverband, dessen arbeitslose Mitglieder von 9,9 auf 13,8 v. H. stiegen und der Tabakarbeiterverband mit 6,1 v. H. Günstigere Zahlen zeigt hingegen das Bekleidungsgewerbe mit nur 0,2 v. H. gegen 0,5 v. H. im Vormonat.

Die Zahl der aus der Erwerbslosenfürsorge Unterstützten ist am 1. Januar 1922 wieder auf 164 322 gestiegen gegen rund 150 000 in den beiden Vormonaten. Dabei ist die Zahl der weiblichen Unterstützten um weitere 2000 gesunken sodaß 32 933 weiblichen 131 389 männliche Unterstützte gegenüberstehen. Parallel mit der stärkeren Arbeitslosigkeit geht das Sinken der Zahl der erwerbstätigen Krankenkassenmitglieder, die um 316 304 auf 11 794 100 Personen sank. Dieser erhebliche Fall erklärt sich zum Teil jedoch aus dem ungewöhnlichen Steigen der Zahl der kranken Mitglieder infolge der Grippe.

Die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise hat sehr stark nachgelassen, fiel doch die Zahl der offenen Stellen gegen den Vormonat um 103 653 auf 520 001. Die Zahl der Vermittlungen betrug 384 137 oder 89 378 weniger als im November. Wieweit man aus den Dezemberzahlen allgemein auf eine fortschreitende Verschlechterung des Arbeitsmarktes und das Nahen einer neuen Krise schließen kann, läßt sich noch nicht übersehen. Die während des Januar anhaltende Frostperiode hat vor allem das Baugewerbe immer weiter verschlechtert. Ende Januar waren im Bauarbeiterverband bereits 14,27 v. H. der Mitglieder arbeitslos. In der Metallindustrie war hingegen die Lage des Arbeitsmarktes Ende Januar unvermindert gut; es waren 0,6 v. H. der Mitglieder als arbeitslos und 0,56 v. H. als Kurzarbeiter gemeldet.

Breslauer Fußballsport.

Resultate vom Sonntag.

Sonderklasse:

West I	— Britannia I	2:2
Süd I	— Silesia I	5:2
Sparta I	— F. T. Brieg I	nicht ausgetr.
Sparta II	— F. T. Brieg II	1:0
Stern II	— Britannia II	4:2

A-Klasse:

Kickers I	— Vorwärts I	0:2
Britannia III	— Diana III	4:0

Jugendklasse:

West I J.	— Oels I J.	kampflos für West
West II J.	— Oels II J.	4:0
West III J.	— Eichenlaub I J.	0:3

C-Klasse.

Wacker
Kl.-Bresa I — Fortuna kampflos für Wacker.

Kleinsiedlung — Landwirtschaft.

Spargeldünger.

Die tüchtigen Spargelzüchter stimmen darin überein, daß der beste Spargeldünger ein fetter Kompost ist. Solch guter Kompost, der ja überhaupt der hervorragendste und wertvollste aller Gartendünger ist, ist selten in großen Mengen vorhanden. Soll man ihn kaufen, so ist er nicht billig. Da muß man zu einem guten Ersatz greifen, und das ist alter verrotteter Stalldünger. Spargel muß jedes Jahr Dünger erhalten, man sorge also zu rechter Zeit, weil man frischen Dünger nicht ausbringen darf, für verrotteten Kuhmist, Schafmist, Schweinemist, Pferdemist, der aber nicht strohig sein darf. Wenn man im Frühjahr Dünger im Haufen hat, der schon seit dem Herbst lagert und während des Winters durch Uebergießen mit Jauche oder Abortinhalt richtig behandelt wurde, so kann man zufrieden sein. Alter verrotteter Dünger wird deswegen immer der beste sein, besonders im Sandboden, weil er die Fähigkeit hat, sich schnell und leicht mit dem Sand zu einer fruchtbaren Masse zu vermischen, während frischer Dünger keine Neigung zur Vermischung zeigt, sondern untätig und nutzlos als trockene torfartige Masse sich im Boden langweilt. Wer während der langen Wintermonate an den großen Düngerbedarf im Frühjahr und Sommer denkt, hat immerfort Gelegenheit, seinen Vorrat zu vergrößern und gehörig zu bearbeiten. Aus Stall und Haushalt wachsen ihm Stoffe zu, die den besten Platz auf dem Komposthaufen finden. Wenn der Spargelzüchter dann im neuen Jahre den schon zermürbten bröckeligen Dünger auf der Düngertrage oder im Düngerkorb auf die Spargelbeete bringen und nicht verteilen kann, hat er die Gewißheit, daß ihn die Ernte nicht im Stich lassen wird.

Bodenverbesserung muß das Bestreben jedes Gartenbesitzers sein. Die besten Mittel dazu sind Stallmist, Kompost und Mistbeeterde; weiterhin sind die Stoffe nötig, die die fehlenden Eigenschaften des Bodens ersetzen, bezw. ergänzen. So sind leichte, während schwere, bindige Böden durch Sand und Asche locker gesandige Böden dankbar für Beigaben von bindigem Lehm, macht werden. Die Bodenverbesserung tritt nur langsam ein, es ist eine Reihe von Jahren nötig, bis sich wirkliche Erfolge zeigen. Künstliche Düngemittel, so nährwerthaltig sie sind, haben keine bodenverbessernden Eigenschaften und haben deshalb bei manchen Böden nur wenig Zweck.

Die Obstbaumblüte erfriert oft im Frühjahr, weil der betreffende Baum zu zeitig getrieben hat. Man kann diese schädliche, zu frühe Entwicklung zurückhalten, wenn man im Herbst oder Vorwinter unter möglichster Schonung der Wurzeln den Boden rings um die Bäume tief umgräbt. Durch die Bodenlockerung kann der Frost tief in die Erde eindringen. Ist dann die Erde genügend durchfroren, so bringt man eine starke (etwa 15 Zentimeter) Schicht von verrottetem Stallmist darüber. Durch diesen Dünger wird im Frühjahr die Sonnenwärme vom Boden abgehalten und das zu frühe Auftauen verhindert, so daß der Trieb erst so spät beginnt, daß ihm Fröste kaum schädlich sein könnten.

Knochenschrot ist ein gutes Beifutter für alles Nutzgetier im Hause. Dem gekauften ist aber nicht so ohne weiteres zu trauen, da es leicht entfettet sein kann und dann wertlos ist. Das beste ist, es sich auf einer Knochenmühle aus frischen Markknochen selbst herzustellen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 20. Februar.

Vom Lebensmittelmarkt.

Die menschenmordende Teuerung nimmt einen immer größeren Umfang an. Einige wenige Artikel, die bisher eine immer noch rühmliche Ausnahme machten, schließen sich nun auch den wahnsinnigen Preisen an. Kartoffeln sind fast nirgends zu finden und wo noch welche zu haben sind, werden bis 2 Mark für ein Pfund verlangt. Vor wenigen Tagen wollte das erregte Publikum einen Händler im Innern der Stadt windelweich schlagen, weil er für ein Pfund Kartoffeln 4,50 Mark verlangte. Hier muß natürlich erst festgestellt werden, wer die Not des Volkes so ausnützt, der Händler oder der Landwirt, der die Kartoffeln nach der Stadt brachte. Es ist den Städtern ja nichts neues mehr, daß sich die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse als kraß herausstellen. Ein Ei muß mit 4,30 Mark bezahlt werden. Dank der Konkurrenz der argentinischen Butter bleibt den Bauern nun noch mehr Ware wie früher übrig, und sie müssen wohl oder übel etwas im Preise heruntergehen. Diese Kleinigkeiten spielen allerdings für die große Masse gar keine Rolle; da müßten ganz andere Preisstürze einsetzen. Das Schmalz blieb auf dem Preis der Vorwoche stehen; ebenso die anderen Fette. Das geklärte Wurstfett, das ausgezeichnet im Geschmack war und mit 26 Mark pro Pfund gegenwärtig als preiswert bezeichnet werden mußte, ist fast nirgends mehr zu finden. Es wird natürlich eines Tages wieder auftauchen, aber zu einem ganz anderen Preise.

So ist es eben mit allen Artikeln: eine zeitlang verschwinden sie, um mit enorm erhöhten Preisen wieder zu erscheinen. Heute kann sich jeder so viel Zucker kaufen, wie er will; überall sind nämlich neue Sendungen eingetroffen. Dem kaufenden Publikum wird wirklich viel zugemutet. Wer aber mit offenen Augen einkaufen geht, der konnte schon wochenlang beobachten, wie gute Kunden mit Zucker aus der hinter dem Laden liegenden Stube bedient wurden. Für den gewöhnlichen Käufer war er immer ausverkauft. Möchte doch das Publikum solche Vorkommnisse nicht so schnell vergessen.

Auf dem Gemüsemarkt hat sich nichts geändert; an manchen Stellen werden Erdrüben, das Pfund zu 1.20 Mk., als besonders billig bezeichnet. Aepfel und Apfelsinen bieten sich in großen Mengen zu den bekannten Preisen an.

In den Kolonialwarengeschäften ist großes Getriebe. Wer das Geld hat, will schnell noch auf Vorrat kaufen, ehe die Waren noch teurer werden. In vielen Geschäften werden für ein Pfund Weizenmehl bereits 7 Mark gefordert und meistens ist es keine leere Redensart, wenn erzählt wird, das Pfund würde nächstens 10 Mark kosten. Das sind tolle Zustände. In jedem Menschen ist schließlich der Selbsterhaltungstrieb der stärkste; darum möge man den Bogen nicht zu straff spannen.

Im städtischen Berufsamt.

Vom städtischen Berufsamt wird uns geschrieben:

Je näher Ostern heranrückt, um so mehr drängen sich die Besucher im Berufsamt der Stadt Breslau, das, so recht zentral gelegen, im Erdgeschoß der Gartenstraße 3 untergebracht ist. Männliche Interessenten gelangen durch den großen Torbogen zum Eingang des Seitenbaues, wo sie im Warteraum weiter zurecht gewiesen werden, je nach ihrem Begehr, etwa in die Berufsberatungsabteilung (Sprechzeit täglich 10—2 Uhr) oder zur Lehrstellenvermittelung für Handwerk und Kunstgewerbe bezw. für Handel und Industrie, oder zur Abteilung „Berufswechsel", die in ihrer Sondergruppe für Angehörige höherer Berufe, Akademikern und Lehrern vorübergehende Verdienstmöglichkeiten (z. B. durch Nachweis von Nachhilfestunden u. a. m.) verschafft oder endlich zur Laufbahnberatung für Schüler höherer Lehranstalten (Auskunft über die Vorbildungsbedingungen mittlerer und höherer Berufe, Möglichkeit der Einsichtnahme in Prospekte von Fach- und Hochschulen).

Es herrscht ein ständiges Kommen und Gehen. Da wünschen Eltern Rat bei der Berufswahl, da fragen Jugendliche, deren Berufsziel in Gemeinschaft mit dem Berufsberater festgelegt ist, nach geeigneten Lehrstellen nach, da möchte der Primaner H. gern wissen, wie es mit der höheren Bergkarriere steht, da erhält der stud. phil. Soundso eine Nachhilfestunde zugewiesen. Zwischendurch schrillt das Telefon (R. 8747) und meldet von allen Seiten den Bedarf an Lehrlingen für das Handwerk, Handel, Industrie, denn immer mehr bricht sich der Gedanke Bahn, daß es zweckmäßiger ist, sich ausgesucht-geeignete Bewerber senden zu lassen, als in freier Umschau Zufallsangebote mehr oder weniger Ungeeigneter entgegenzunehmen und hundert überflüssige Aufforderungen zur Vorstellung ergehen zu lassen.

Das Gleiche scheint auch für die Lehrmädchen zu gelten. Ebenso lebhaft, wie in den männlichen Abteilungen ist der Verkehr in den weiblichen Abteilungen, die im Vorderhause der Gartenstraße 3 untergebracht sind. Da kommen die Mütter mit den Töchtern und lassen sich von der Berufsberaterin (Sprechzeit täglich 10—2 Uhr) Fingerzeige geben, wie sich am besten der Lebensweg ihres Kindes gestalten ließe; da fragen zahllose Jugendliche, die sich auf einen überfüllten Beruf versteift haben, immer wieder nach einer Lehrstelle nach, bis ihnen in der Vermittelungsabteilung das Glück der Erfüllung ihres Wunsches wird; da erkundigen sich junge Mädchen aus Lyzeen nach dem Ausbildungsgange der Gewerbelehrerin, der Laboratoriumsassistentin oder anderer Berufe und erhalten jeden gewünschten Bescheid in der Abteilung Laufbahnberatung, da finden stellungslose Lehrerinnen oder Studentinnen Gelegenheit, durch Nachhilfestunden, die ihnen die Abteilung „Berufswechsel", Sondergruppe für Angehörige höherer Berufe, nachweist, ihre bedrückte Lage zu bessern; da erhalten Hausfrauen, die eine Jugendliche (14—16 Jahre) für Anfangsstellung suchen, geeignete junge Mädchen nachgewiesen in der Abteilung für jugendliche Hausangestellte (Geschäftszeit täglich 11—1 u. 3—5 Uhr, Tel. R. 8747).

Man sieht, es ist für all und jedes gesorgt und wer nicht hingeht, hat den Schaden. Die moderne Berufsberatung arbeitet sehr sicher auf Grund wissenschaftlicher Erkenntnis und praktischer Erfahrung. Ihr Ziel ist, den Geeigneten an den geeigneten Platz zu leiten, um ihn glücklich und höchstleistungsfähig zu machen. Darum verdienen ihre Bestrebungen allseitige Unterstützung.

Der Drang nach Freiheit.

Am Donnerstag gegen 1 Uhr mittags sind aus der Waschküche des Gefängnisses auf der Graupenstraße drei dort beschäftigte Gefangene durch eine Luftklappe entflohen. Sie kamen auf das Dach und sprangen von dort auf das Dach der sogenannten Kegelbahn des Amtsgerichts. Obwohl sie sich bei dem kühnen Sprung verletzt hatten, setzten sie den Fluchtversuch fort. Der Aufmerksamkeit einiger Justizwachtmeister ist es zu verdanken, daß die Ausreißer noch gefaßt wurden, als sie bereits den Hausflur erreicht hatten. Der Fluchtversuch ist ihnen insofern nicht gut bekommen, als sie nicht nur wie die Schornsteinfeger aussahen, sondern auch geschwollene Beine bekommen haben.

Am Freitag vormittag sollte der Untersuchungsgefangene Pietsch in einer Strafsache vor dem Schöffengericht als Zeuge vorgeführt werden. Plötzlich streifte er seine Schuhe ab und suchte das Weite. Er kam aber nur bis zum Landgericht, wo er wieder eingefangen werden konnte. Nun markierte er den Verrückten, so daß die Verhandlung nicht stattfinden konnte, sondern vertagt werden mußte.

* **In die Falle gegangen.** Im Hausflur des Landgerichts befindet sich eine Aufbewahrungsstelle für Fahrräder. Diese wurde seit längerer Zeit wiederholt von Dieben heimgesucht. Am Freitag hatten sich Justizwachtmeister und Schupo verständigt und unauffällig den Stand beobachtet, nachdem sie vorher ein Fahrrad dort untergebracht hatten. Die Beamten brauchten nur wenige Minuten warten, da kam ein Mann und wollte das Fahrrad mitnehmen. Ob alle anderen Diebstähle an Fahrrädern auch auf dessen Konto zu setzen sind, wird die Untersuchung ergeben. Der Dieb wurde in Untersuchungshaft genommen.

Gerichtliches.

Stille Teilhaber.

Ein Magistratsangestellter beobachtete von einem Fenster des Rathauses, daß, wenn der Kutscher der Wurstbude von Pleßner mit Ware kam, auch immer ein Mann in der Nähe war, dem der Kutscher etwas zusteckte. Beide gingen auch manchmal in den Schweidnitzer Keller. Er machte von seinen Beobachtungen dem Fleischermeister Pleßner Mitteilung, der durch seinen Kutscher Karl Pawlik erfuhr, daß sein Freund der Bürodiener Ernst Kuhnert war. Bei letzterem wurde eine Haussuchung gemacht und dabei für 1240 Mark Wurstwaren vorgefunden. Es war nur beste Ware, darunter Dauerwurst, Sardellenleberwurst und Salami. Beide verloren darauf ihre Stellungen und nun standen sie vor dem Schöffengericht. Hier waren sie geständig. Das Gericht wandte bei ihrer Bestrafung die neuen Bestimmungen an und verurteilte Pawlik wegen Diebstahl zu 300 Mark und Kuhnert wegen Hehlerei zu 500 Mark Geldstrafe.

Eine vorbereitende Handlung nicht strafbar.

Die Gebrüder Hermann und Nathan Blatt aus Breslau standen in dem Verdacht, daß sie deutsches Geld nach dem Ausland verschieben. Da wurde am 9. Februar 1919 Hermann Blatt in dem Augenblick auf dem Breslauer Hauptbahnhof angehalten, als er den Eilzug nach Berlin besteigen wollte. In einer Aktentasche hatte er 115000 Mark in Tausendmarkscheinen. Auf die Frage, was er mit dem Gelde machen wolle, erklärte er, ein Kino in Berlin kaufen zu wollen. Die Polizei war aber der Ansicht, daß er das Geld nach der Schieberbörse auf der Grenadierstraße in Berlin habe bringen wollen, damit es ins Ausland verschoben werde, und übergab ihn deshalb der Staatsanwaltschaft. Am 23. November 1920 verurteilte die Breslauer Strafkammer die Gebrüder Blatt wegen Banknotenschiebung zu je 6 Monaten Gefängnis und je 30000 Mark Geldstrafe; auch wurden die 115 000 Mark für eingezogen erklärt.

Gegen dieses Urteil hatten sie Revision angemeldet und das Reichsgericht hat die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Breslauer Strafkammer zurückverwiesen. Das Reichsgericht steht auf dem Standpunkt, daß, selbst dann, wenn er die Absicht hatte, das Geld nach der Schieberbörse zu bringen, noch keine strafbare Handlung vorliegt; denn er befand sich noch bei der vorbereitenden Handlung, die nach dem Gesetz nicht strafbar ist. Man konnte ja nicht wissen, ob diese vorbereitende Handlung von Erfolg sein würde. Der Staatsanwalt schloß sich den Gründen des Reichsgerichts an und beantragte Freisprechung und Freigabe des beschlagnahmten Geldes. Das Gericht erkannte demgemäß.

Bericht der Butternotierungskommission Breslau.

Erzeugerpreis am 16. Februar 1922:

I.	Qualität Molkereibutter, per 50 Kilo . . .	4500 Mk.,
II.	„ „ „ 50 „ . . .	3600—3800 „
III.	„ abfallende Butter, Preis nach Qualität.	

Markttendenz: flau.
Die Preise verstehen sich inkl. Verpackung frei Breslau.

Oels

Die Bewilligung neuer Landesdarlehnsmittel für das Baujahr 1922 zur Schaffung von Wohnungen

steht bevor. Wir ersuchen Bauvereine und Privatpersonen, die mit Hilfe von Landesdarlehn in diesem Jahre Wohnungen errichten wollen, sich bis spätestens den 25. Februar schriftlich an uns zu wenden. Es haben jedoch nur solche Projekte Aussicht auf Gewährung von Landesdarlehn, deren Durchführung finanziell gesichert ist.

1157 **Der Magistrat.**

Stadttheater Breslau.
Dienstag 7½ Uhr: Fidelio.
Mittwoch 7½ Uhr:
Die lustigen Weiber von Windsor.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. Tel. Ring 2565.
Heute u. täglich 7½ Uhr:
Die Braut des Lucullus.
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
Drei alte Schachteln.

Asthma
kann geheilt werden.
Sprechstunden in Breslau, Teichstraße 12, hpt. links, jeden Donnerstag von 10—1 Uhr.
Dr. med. Alberts
Spezialarzt. Berlin SW 11.

Patente
Pigall & Albrecht
Breslau 5,
Breschüre kostenlos!

Gute inhaltsreiche Erzählungen!
Dederich, Schilderungen u. Geschichten I, geb. 5.—
Dederich, Schilderungen u. Geschichten II, brosch. 2.50
Steiner, Wilhelm Picard . . brosch. 6.—
Thoma, Sein Einbe's Mißheit . . brosch. 6.—
empfiehlt
Volkswacht-Buchhandlung
Breslau, Neue Graupenstr. 5

Wir empfehlen:

A. F. C. Vilmar
Geschichte der deutschen National-Literatur
von den ältesten Zeiten bis zu **Goethes Tode,**
441 Seiten Text, gut gebunden, nur **Mk. 12.—**

Carl Bleibtreu
Geschichte der deutschen National-Literatur
von **Goethes Tode** bis zur Gegenwart, gut gebunden, nur **Mk. 12.—**
Auswärts Portozuschlag.

Buchhandlung Volkswacht, modernes Antiquariat.

Bestellschein.
Hierdurch bestelle ich bald per Nachnahme:
1 Vilmar, Geschichte der deutschen National-Literatur von den ältesten Zeiten bis zu Goethes Tode Mk. 12.—
1 Bleibtreu, Geschichte der deutschen National-Literatur von Goethes Tode bis zur Gegenwart Mk. 12.— | auch in Wochenraten à 2 Mk.
Name: ....
Ort und Straße: ....

Verantwortlicher Redakteur: Walther Marquardt, Breslau. — Redaktion: Oels, Groß-Wartenbergerstr. 6. — Hauptexpedition: Breslau, Flurstraße 4. — Druck und Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., Breslau.